



Foto: Herbert Goldlack

Schauplatz Diepholz: Der Unmut über die niedersächsische Bildungspolitik ist groß. Im Landkreis Diepholz gingen rund 2.000 Eltern, Schüler und Lehrkräfte auf die Straße.

2.000 Teilnehmer bei Protestaktionen im Landkreis Diepholz

Fünf nach Zwölf

Am 19. März war es soweit: Sowohl in Weyhe als auch in Syke und Bassum gingen Schüler, Eltern und Lehrer auf die Straße. Rund 2.000 Menschen machten sich auf den Weg zum Kreishaus und zu den Rathäusern, um lautstark ihre Unzufriedenheit mit der niedersächsischen Bildungspolitik zu demonstrieren. Diesen Protestmärschen war eine umfangreiche Vorbereitungsaktion des Bildungsnetzwerkes des Nordkreises vorausgegangen, an dem sich Eltern, Schüler und Lehrer mit dem Ziel beteiligten, eine konstruktive Verbesserung der Unterrichtsversorgung, der Lehrerversorgung und der qualifizierteren Förderung zu erreichen. So hatten unter anderem Mütter konsequent Protokoll geführt über Unterrichtsausfallzeiten. Entsprechend groß war dann auch das Engagement der Eltern bei der Demonstration. Väter und Mütter hatten Urlaub genommen um dabei zu sein, hatten sich am Plakatmalen beteiligt und sich als Ordner für die Demo zur Verfügung gestellt.

Da half es auch nicht, dass die Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Klare und Hans-Werner Schwarz in den Schulen vorstellig geworden waren, um die Gemüter zu beruhigen, was GEW-Redner Gerhard Schäfer vor dem Weyher Rathaus mit den Worten kommentierte: „Klare und Schwarze sind die beiden best bezahlten Schönredner der Regierung.“

Auch die Warnung aus dem Kultusministerium „Sanktionen zu verhängen“, konnte die Protestmärsche nicht stoppen. Im Gegenteil –

um gegen diese „Maulkörbe“ zu demonstrieren, trugen viele Eltern und Schüler Klebebänder und OP-Mundschutz. Der GEW-Kreisverband Diepholz beteiligte sich aktiv und marschierte sowohl in Weyhe als auch in Syke mit.

GEW-Kreisvorsitzender Dr. Franz Hartmann brachte es als Abschlussredner der Kundgebung in Syke auf den Punkt: „Wenn nicht mehr Geld im Landeshaushalt für Bildung zur Verfügung gestellt wird, bleibt die von der Landesregierung propagierte bessere Unterrichtsversorgung eine Mogelpackung.“ Hartmann weiter: „Mit dieser einmaligen Protestaktion ist es nicht getan. Da müssen alle weiter machen. Nur so können wir etwas bewegen.“



Foto: Sigi Schmitt

Beachtliche Presseresonanz. Alle Zeitungen im Kreisgebiet berichteten über die von Elternschaft und GEW getragenen Aktionen.



Signalwirkung aus Cuxhaven. Ein eindrucksvoller Demonstrationzug führte vom Bahnhof in die Cuxhavener Innenstadt.

**700 Lehrkräfte, Eltern und Schüler gehen beim
GEW-Aktionstag in Cuxhaven auf die Straße**

Generalabrechnung mit der Schulpolitik der Landesregierung

Zu einer Generalabrechnung mit der derzeitigen Schulpolitik der Niedersächsischen Landesregierung nutzten Vorstandmitglieder der GEW eine Demonstration am Sonnabend, dem 10. März in der Cuxhavener Innenstadt. Schule werde immer mehr zu einer Lernfabrik, die kostengünstig mit immer schlechter bezahlten Lehrkräften zu arbeiten hat und nur noch an den Verwertungsinteressen der Wirtschaft orientiert ist, lautete die Kritik. Etwa 700 Lehrer, Eltern und Schüler beteiligten sich an der Demonstration und der anschließenden Kundgebung.

„Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. „Wir wollen nicht das PISA-Schlusslicht sein“, „Schlaues Europa - dummes Deutschland“, „Lehrer sind nicht da, was nützt da ein freies Kindergartenjahr“ oder schlicht „Bu-Bu-Busemann“, mit solchen Transparenten machten die Demonstranten, die sich am Sonnabendvormittag durch die Cuxhavener Innenstadt bewegten, klar, worum es ihnen ging: „Es reicht! Das Maß ist voll! So kann und darf die Bildungspolitik auf dem Rücken der Schüler und Lehrer nicht weitergehen!“, rief Monika Knop vom GEW-Kreisverband Cuxhaven bei der Kundgebung auf dem Kaemmererplatz.

Ein eindrucksvoller Zug aus GEW-Mitgliedern, Eltern und Schülern, angeführt durch die Percussion-Truppe „Samba e Sol“, hatte sich zuvor vom Bahnhof aus über die Hardewiek und die Nordersteinstraße durch die Innenstadt bewegt. „Der Ernst der Lage ist erkannt“, bekräftigte Monika Knop, die unter allgemeinem Beifall die Aussagen der GEW-Bezirksvorsitzenden Annegret Sloot verlas: „Die Schul- und Bildungspolitik hat versagt, die Arbeitsbedingungen in den Schulen für Kinder und Lehrkräfte werden immer schlechter, individuelle Förderung fast unmöglich.“ Die eigentliche Arbeit, nämlich der Unterricht, werde zurückgedrängt zugunsten eines „Schaulaufens“ mit immer neuen Aufgaben. Dokumentation, Schulprogramme, Schulinspektion, Vorbereitung des Vertretungsunterrichts für nicht pädagogisch ausgebildetes Personal, Vergleichsarbeiten und Förderpläne - GEW-Kreisvorsitzende Dörthe Laumann konnte reichlich Beispiele nennen.

Letzteres sei besonders paradox, gebe es doch de facto in den Schulen kaum noch Förderstunden. Die Aussage des Kultusministers Busemann, jede Stunde sei eine Förderstunde, lasse bei zum Teil über 30 Kindern pro Klasse nur die Vermutung zu, dass das Ministerium in einer Parallelwelt lebe. Bei der Unter-

richtsversorgung seien die schlimmsten Prognosen der GEW noch übertroffen worden. Fehlende Stellen sollten durch ein Abordnungskarussell kaschiert werden und immer mehr nicht ausgebildetes Personal sei in den Klassen anzutreffen.

Dass Eltern den Statistiken nicht mehr glauben können, zeigte sich zuletzt in zahlreichen Elternprotesten im Landkreis. Die Erhebungen der Elternräte im Bezirk hätten, so Kreiselterntatsvorsitzende Birgit Johannßen, ergeben, dass rund zehn Prozent der Stunden ausfielen: „In der zehnten Klasse fehlt den Kindern ein Jahr!“ Busemann-Sprecher Weßling habe folgendermaßen kommentiert: „Die Kritik der Eltern ist wenig hilfreich.“ Thomas Mellin, Vorsitzender des Stadtelterntats der Schulen in Cuxhaven, machte seinem Zorn gegen die Überprüfung der Schülerfrequenzen an Cuxhavener Schulen mit dem Ziel einer Schulschließung Luft. Der Stadtelterntat sei fest entschlossen, sich für den Erhalt jeder Schule einzusetzen. Sinkende Schülerzahlen sollten als Chance für steigende Schulqualität genutzt werden. Größere Klassen und längere Schulwege seien nicht hinzunehmen.

„Wir senden von Cuxhaven aus ein Signal an die Politik und die Öffentlichkeit“, bekräftigte Michael Strohschein, stellvertretender

Landesvorsitzender der GEW. Diese Veranstaltung sei nur als Auftakt für weitere Protestaktionen zu verstehen. „Es wird so getan, als werde alles besser, aber das ist eine grandiose Mogelpackung.“ Denn die neue Qualität gehe einher mit einem Weniger an Bildung. „Qualitätssicherung und -entwicklung“ seien nur noch der Betriebswirtschaft geschuldet und nicht den Kindern. Das gesamte Projekt der Eigenverantwortlichen Schule diene nur der Verwaltungsmodernisierung. Zu erwarten sei eine enorme Chancengleichheit, ein Gefälle zwischen Stadt und Land, „Testeristis“ und Ranking. Eltern würden immer mehr zur Kasse gebeten durch

Schulbuchmiete, Nachhilfestunden und Studiengebühren. Michael Strohschein: „Bildung soll zur Ware werden, alles soll bezahlt werden, das ist der Megatrend dieser Gesellschaft.“ Lehrer fühlten sich als Versuchskaninchen im Modernisierungslabor missbraucht, müssten sinkende Einkommen und mangelnde Mitbestimmung hinnehmen. Die schlechten Arbeitsbedingungen gingen auf die Gesundheit: Angesichts der Tatsache, dass die Quote der Frühpensionierungen (unter 60 Jahren) bei Lehrern bei 33% liegt und dass nur 23% der Lehrer bis 65 arbeiten, fragte Strohschein, wie viele es denn wohl bis 67 schaffen sollten. „Unser Protest wird

im ganzen Land zu hören sein“, hieß es zuletzt vom Podium. Weitere Protestaktion, darunter eine Großdemo in der Landeshauptstadt, sollen sich anschließen.

Auf der Kreisvorstandssitzung am 21. 03. in Bederkesa zeigte sich der Vorstand vom Verlauf und der Signalwirkung der Veranstaltung angetan, obwohl auch kritische Stimmen zu hören waren, die beklagten, dass nicht noch mehr betroffene Lehrkräfte für ihre Forderungen diese gut organisierte Veranstaltung demonstrativ genutzt haben. Hier gilt es künftig zuzulegen. Den Organisatoren/innen Laumann, Knop, Umland, Rossband und Thorhauer sei nochmals gedankt. ROLF THORHAUER

Proteste auch in Langenhagen Deutschland – ein Bildungsmärchen

Nicht die Sommer-WM 2006 ist gemeint, sondern harte Realitäten im Schulalltag, die wenig zum Träumen übrig ließen. Für mehr Lehrkräfte und gegen den zunehmenden Unterrichtsausfall sind 800 SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen in Langenhagen auf die Straße gegangen. Lautstark und mit vielen Transparenten versehen, versammelten sie sich zu einer einstündigen Kundgebung auf dem Marktplatz in Langenhagen. Die Elternvertreter wiesen auf den alarmierenden Unterrichtsausfall in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch und den Wegfall von Nebenfächern hin. Deshalb dürfe Bildung nicht wieder vom Portemonnaie der Eltern abhängen (insbesondere für Nachhilfe und für weitere „Bildungs-Neben-

kosten“), sondern die Landesregierung müsse mehr Geld für Lehrkräfte und Sachmittel ausgeben.

Bei diesen Aktionen beließen es die Akteure nicht, sondern sie führten darüber hinaus eine Podiumsdiskussion durch, um die untragbare Situation mit Politikern des Kultusministeriums zu diskutieren. Diese schickten lediglich ihren Pressesprecher.

Die Eltern, SchülerInnen und Lehrkräfte hatten nach einiger Zeit die Ausführungen des MK-Pressesprechers Georg Weßling gründlich satt. Während dieser den 150 TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion in der Aula der IGS Langenhagen den Glauben an eine selbstgerechte MK-Statistik wiedergeben wollte, kritisierten die Anwesenden scharf

die MK-Statistikauslegung und stellten ihrerseits die faktischen Probleme dar:

- fehlende Ersatzlehrkräfte bei längerfristigen Erkrankungen,
- Stundenkürzungen in Kernfächern, Wegfall von Nebenfächern,
- Mangel an Förderunterricht,
- zu hohe Klassengrößen (größtenteils weit über 30 SchülerInnen).

Viele SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte, die sich zu Wort meldeten, waren empört und fühlten sich nicht vom MK ernst genommen. Sie lehnten die Schönfärberei entschieden ab und forderten insgesamt mehr Investitionen in Bildung. MK-Pressesprecher Georg Weßling war pikiert: „Weitere 3500 Stellen bedeuten Ausgaben von 160 Mio Euro – Schule ist kein Profi-Sport!“ Dafür lohnt es sich doch zu kämpfen, um ein deutsches Bildungsmärchen wahr werden zu lassen! NILS JOHANNSEN

EW NIEDERSACHSEN

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Telefon (05 11) 3 38 04-0, Fax (05 11) 3 38 04-46, eMail@GEW-Nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt, Hannover

Verantwortl. Redakteur: Joachim Tiemer

Redaktion: Dr. Margit Frackmann, Sabine Kiel, Andreas Klepp, Richard Lauenstein, Hans Lehnert, Brunhild Ostermann, Horst Vogel

Postanschrift der Redaktion:

Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Fax (05 11) 3 38 04-21

E-Mail: J.Tiemer@GEW-Nds.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint 10x jährlich (Doppelausgabe im Juni und September). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 20. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0

Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.stamm.de

Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2007

Anzeigenschluss s. Terminplan

Herstellung: Kornelia Schick, Adlerstraße 8

31228 Peine, Tel. (0 51 71) 2 42 54

Fax (0 51 71) 92 93 97

Druck: Druckhaus A. Schlaeger GmbH

Woltorfer Straße 116, 31224 Peine

Tel. (0 51 71) 4 00 20

Fax (0 51 71) 1 64 24



ISSN
0170-0723



Foto: Nils Johannsen

Schauplatz Langenhagen: Auch hier sind fast 1.000 Menschen auf die Straße gegangen. Bei einer Podiumsdiskussion verteidigte MK-Pressesprecher Georg Weßling die Politik des Hauses.